

Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

Abonnement: Durch unsere Zeitung für das Erzgebirge monatlich 2.00 Mark. Bestellungen nehmen die Postämter und für Anzeigen die Postämter entgegen. — Erscheint wöchentlich. — Preis 10 Pf. — Anzeigen: 10 Pf. — Telegramme: Erzgebirge. Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aue. Postfach-Nr. 1000

Abonnement: Durch unsere Zeitung für das Erzgebirge monatlich 2.00 Mark. Bestellungen nehmen die Postämter und für Anzeigen die Postämter entgegen. — Erscheint wöchentlich. — Preis 10 Pf. — Anzeigen: 10 Pf. — Telegramme: Erzgebirge. Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aue. Postfach-Nr. 1000

Nr. 155

Donnerstag, den 6. Juli 1922

17. Jahrgang

Das Wichtigste vom Tage.

In Bwitskau ist die Ruhe wieder hergestellt, die Arbeiter sind heute früh wieder an ihren Arbeitsplätzen erschienen.

Der Gesetzentwurf zum Schutze der Republik liegt im Wortlaut vor.

Die Gerüchte über Rücktrittsabsichten des Reichswehrministers Geisler werden von autoritativer Seite demontiert.

Der Präsident des Reichsgerichts Dr. Delbrück ist gestorben.

Die Demokraten und die Krisis.

(Von unserm parlamentarischen Mitarbeiter.)

Die Demokratische Reichstagsfraktion hat in der ersten Sitzung des Gesetzes zum Schutze der Republik eine nachfolgende Erklärung im Reichstag abgegeben:

Angesichts der furchtbaren Gewalttaten und des Abgrundes, an den maßlose Verleumdungen und Verdächtigungen gegen die Reichsregierung und die ständige Beschimpfung der deutschen Republik und ihrer Führer unsern Staat gebracht haben, sind wir der Meinung, daß alle, denen es ernst mit dem Wohle des deutschen Volkes ist, alle Kräfte einsetzen müssen, die verfassungsmäßige demokratische deutsche Republik, den Staat, in dessen Gestalt allein der Wiederaufbau des Vaterlandes möglich ist, zu stützen und zu befestigen.

Wir sehen hierin vor allem eine große Aufgabe der Erziehung, die nicht allein der Schule aller Stufen, sondern allen politischen Verantwortlichen, den Regierungen wie den Parteien, obliegt und hoffen, daß diese Aufgabe angesichts des furchtbaren Tiefstandes politischen Denkens und Fühlens, den die geäußerten Gewalttaten aufzeigen, nun von allen Beteiligten mit aller Kraft ausgenommen und weitergeführt wird. Wir sind weiter gewillt, für diese Zeit dieser Erregung und Bedrohung dem Staate diejenigen strafrechtlichen Mittel in die Hand zu geben, deren er zur Abwehr aller Anschläge auf seinen Bestand, seine verfassungsmäßige Gestalt, seine Sicherheit und Ehre und der Anschläge auf Leben und Ehre seiner Führer bedarf. Verbrechen derart, wie wir sie nun mit strafrechtlichen Mitteln treffen müssen, kannte die deutsche Geschichte bisher nicht in der Häufigkeit und Gefährlichkeit dieser Zeit. Wenn hieraus die Notwendigkeit neuer, bisher nicht vorgesehener Strafbestimmungen folgt, so kann daraus niemand den Vorwurf ableiten, daß ein Ausnahmegesetz gegen einzelne Volksteile oder politische Richtungen geschaffen werde. Es kann sich vielmehr um nichts anderes handeln, als die leider notwendig gewordene Ergänzung unseres Strafrechts mit gleicher Geltung für alle Volksgenossen: Gewalt gegen Gewalt, Strafe gegen Auflehnung und Bedrohung — gegenüber mißleiteter Gesinnung oder Erziehung und Führung! Wir werden deshalb mitarbeiten, mit aller Beschleunigung den Entwurf in einer Gestalt zu verabschieden, die die Lebensnotwendigkeiten des Staates mit dem liberalen Persönlichkeitsrechte der Staatsbürger auf Achtung vor innerer Ueberzeugung und mit ursprünglichen demokratischen Grundrechten aller deutschen Bürger vereinigt. Wir hoffen, daß dies gelingt und so das Gesetz dazu beiträgt, die Republik zu sichern, die politische Atmosphäre zu entspannen und dem schwergeprüften Vaterland die innere Ruhe und Ordnung zu bringen, deren es in dieser Zeit außenpolitischer Bedrängnis und einer noch kaum ausdenkbaren Erschütterung aller Wirtschaftsverhältnisse dringend bedarf. Wir vertrauen, daß unser Volk auch diese Krise überwindet in der Einigkeit aller Verständigen und wirklich Vaterlandsliebenden zu einer großen Gemeinschaft des Schutzes und der Arbeit für das bedrohte deutsche Reich.

Diese Erklärung gibt den einmütigen Standpunkt der Demokratischen Reichstagsfraktion zu dem vorliegenden Schutzgesetz unabhängig von allen parteipolitischen Erwägungen wieder. Die Bereitwilligkeit zur weiteren Mitarbeit an dem Gesetz schließt natürlich in sich, daß auch die Demokraten bemüht sein werden, Abänderungs- und Verbesserungsanträge in den Ausschüssen zu stellen. Die Abgeordneten Koch (Weiser), Brodau und Dr. Schäfer werden die Fraktion bei der Ausschussberatung vertreten. Neben der Beratung des Schutzgesetzes soll auch noch der Gesetzentwurf über Straffreiheit für politische Straftaten beraten werden. Es ist dies das Amnestiegesetz, das von den sozialistischen Parteien am Tage der Ermordung Rathenaus

stürmisch gefordert worden ist und das eine Art Ausgleich dafür schaffen soll, daß so zahlreiche Angehörige der Linksparteien wegen politischer Vergehen büßen, während ebenso schwere und noch schwerere Vergehen von Angehörigen der Rechtsparteien bisher ungeahnt gelassen sind. Die Demokraten haben bisher immer, wenn Amnestieforderungen auftauchten, den Standpunkt vertreten, daß der ohnehin schwache gegenwärtige Staat mit Amnestierung politischer Missetäter überaus sparsam umgehen müsse. Sie werden gegenüber dem vorliegenden Gesetzentwurf sorgfältig prüfen, wie weit dieser ihr grundsätzlicher Standpunkt im gegenwärtigen Augenblick aufrecht erhalten werden kann.

Während diese gesetzgeberischen Aufgaben alle Fraktionen lebhaft beschäftigen, wird zwischen den Regierungsparteien jetzt die Frage der Erweiterung der Regierungskoalition behandelt. Im gestrigen Mittwoch hat der Reichsminister die Führer der drei Koalitionsparteien zu einer Besprechung der Erweiterungsfrage eingeladen. Es ist dort von den Mehrheitssozialdemokraten die Anfrage an die Demokraten und das Zentrum gestellt worden, wie sich beide zur Einbeziehung der U.S.P.D. in die Regierungskoalition stellen würden. Eine endgültige Antwort konnte um so weniger von beiden Parteien gegeben werden, als die Bedingungen, unter denen die U.S.P.D. an der Regierungsverantwortung teilnehmen will, im einzelnen immer noch nicht festgelegt waren. Über einhellig wurde von Zentrum und Demokraten die Gegenfrage aufgeworfen, wie sich im Falle der Verbreiterung der Koalition nach links die Mehrheitssozialdemokraten gegenüber zu einer Einbeziehung der Deutschen Volkspartei in die Regierung stellen würden. Natürlich konnte auch hier wieder keine abschließende Antwort gegeben werden, zumal mit der Deutschen Volkspartei über ihren etwaigen Eintritt in die Koalition noch garnicht verhandelt worden ist. Man konnte also lediglich eine starke Abneigung der Sozialdemokratie gegen die Heranziehung der Deutschen Volkspartei feststellen, die indessen natürlich nicht verhindern kann, daß von den beiden bürgerlichen Parteien nunmehr ebenso ernsthaft der Versuch gemacht wird, die Deutsche Volkspartei nach rechts hin zu gewinnen, wie die Sozialdemokratie sich bemüht, die U.S.P.D. von links heranzuziehen. Eigentlich sollte die Deutsche Volkspartei gar keine Einladung zu Verhandlungen über ihren Eintritt in die Regierung abwarten, wenn sie die Möglichkeit einer Verstärkung der Regierung nach links hin vor sich sieht. Außenpolitische und innenpolitische Gründe müßten sie aus stärkster Bewegung, ihrerseits auf Mitregierung zu drängen, weil die Zukunft des deutschen Volkes nicht in einer stark nach links gerichteten Regierung liegen kann, sondern nur in einer auf breiterer Mitte aufgebauten Reichsleitung, an der das Bürgertum in weitestem Sinne mitbeteiligt sein muß.

Der Ueberfall auf Harden.

Ein Täter verhaftet. — Der andere bekannt.

Magimilian Harden befand sich Dienstag abend bereits wieder so wohl, daß er einem der Kommissare der politischen Abteilung genaue Mitteilungen über seine Beobachtungen bei dem auf ihn verübten Ueberfall machen konnte. Nach den amtlichen Ermittlungen haben bei dem Ueberfall zwei Personen mitgewirkt. Von den Tätern ist der eine, der 24jährige landwirtschaftliche Beamte Herbert Weichardt, ergriffen. Er ist Mitglied des längst aufgelösten Verbandes nationaler Soldaten und trug bei der Tat als Krawattenknäuel ein Hakenkreuz. Als zweiter Täter ist der 24jährige Oberleutnant a. D., jetzige Kaufmann Walter Untermann ermittelt. Er hat mit einem sogenannten Totschläger auf den Kopf Hardens eingeschlagen, während Weichardt Schmiere stand.

Weichardt und Untermann haben das Attentat schon seit längerer Zeit vorbereitet, und man hat Grund zu der Annahme, daß diese Vorbereitungen von einer Geheimorganisation, der die beiden angehörten, angeordnet und kontrolliert worden sind. Die Verbrecher waren im Besitze von Totschlägern gewesen; außerdem hatten sie noch scharf geschliffene, im Griff feststehende Messer bei sich. Als man Weichardt festnahm, trug er den Totschläger, eine schwere Bleikugel, die in Leder eingewickelt ist, noch an einem Klemm am Handgelenk. In der Wohnung der beiden hat man verschiedene Papieren vorgefunden, darunter auch den Entwurf eines Telegramms, in dem von dem Gelingen des Attentats Meldung gemacht wird. Dieser Entwurf stammt, wie Weichardt behauptet, von Untermann, trägt aber keine Adresse. Weichardt bekennt, daß er der in Hannover aufgedeckten Geheimorganisation angehört. Bestätigt sich diese Angabe, so muß man darauf schließen, daß man

auf die Spur einer weiteren Mordorganisation ist, die starke Beziehungen oder vielleicht sogar ihren Sitz in Oldenburg hat. Von dorther stammen die beiden Verbrecher, und sie sind von Oldenburg eigens zur Ausführung des Attentats nach Berlin gekommen oder gefandt worden. Der Berliner Polizeipräsident hat auf die Ergreifung des Untermann eine Belohnung von 10 000 Mark ausgesetzt.

Der Ueberfall auf Harden zeigt so recht die vollkommene politische Ahnungslosigkeit jener nationalsozialistischen Wurschen, die sich anmaßen, mit der Worbwaffe in die politischen Geschicke Deutschlands einzugreifen. Harden hat fast mit der gleichen Schärfe die Mitglieder der republikanischen Regierungen verfolgt, wie nur irgend eine Wulle oder Helferrich. Die Tatsache, daß Harden Jude ist, hat offenbar für die Mordbuben ausgereicht, um ihn hinterrücks zu überfallen. Die Tat darf darum nicht leicht genommen werden, weil sie zeigt, wie auch nach der Verhaftung eines großen Teiles der Geheimhändler noch zahlreiches Gesindel herumläuft, das Mordwaffen für politisch zulässige Argumente hält.

Deutscher Reichstag.

Die zweite der großen Fragen auf innenpolitischem Gebiet, die Erledigung des Gesetzes zum Schutze der Republik, die noch bedeutender ist als die über die Geislerdeumlage, stand gestern im Reichstage im Vorgesangsstadium der parlamentarischen Behandlung. Die Parteien hatten in den vorangegangenen 12 Stunden schnell fördernde und ernste Vorarbeit geleistet, indem sie sich auf Grund des ihnen sozusagen eben erst aus dem Reichsrat zugegangenen Wortlautes des Gesetzes über ihre Stellungnahme im einzelnen klar zu werden versucht hatten, im besonderen aber auch darüber, welche Ergänzungs- und Verbesserungsanforderungen sie gegebenenfalls zu stellen hätten. Man kann wohl sagen, daß auf allen Seiten das Bestreben zutage trat, eine unbedingte weitere Zustimmung der Gesamtheit zu vermeiden. Auch bei der Regierung wurde dieser Wunsch sichtbar. Reichsminister Dr. Brücker, der das Gesetz mit einer kurzen Einführungsrede beehrte, erklärte ausdrücklich, daß man über Einzelheiten noch miteinander reden könne, fügte aber allerdings hinzu, daß das Kabinett mit dem Gesetz stehe und falle. Im übrigen machte er das hohe Haus berechtigtweise zu größter Eile. Die Erklärungen der Parteien waren insgesamt auf den Ton abgestimmt: wir sind bereit, im Ausschuss politische Arbeit zu leisten. In diesem Sinne äußerte sich der Mehrheitssozialist Silberstein und der Zentrumsredner Dr. Veit, der über Einzelheiten des Gesetzes bemerkenswerte scharfe Vorbehalte andeutete. Verhältnismäßig kurz, würdig und treffend war die Erklärung des Abg. Dr. Petersen namens der Demokratischen Fraktion abgab. (Vergl. Beilage.) Die Deutschnationalen schickten eines ihrer ernsthaftesten und ruhigsten Mitglieder, den Abg. Düring, er vor. Es erwiderte, daß dieser Schachzug erfolgreich war; kaum ein anderer aus der Fraktion wäre wohl zu Ende geführt worden. Denn selbst gegenüber der Ruhe Düringers tobte sich kommunistische Krawallstimmung beim Abg. Hillebrand aus. Die Sensation des Tages war die Rede des Abg. Dr. Stresemann, dessen unerwartetes Wiedererscheinen in einer Stunde parlamentarischer Hochspannung schon am Tage zuvor allgemein bemerkt worden war, und dessen Rede erfreulicherweise einen andern Ton anklingen ließ, als man in letzter Zeit vom Abg. Bederhoffen gewöhnt war. Wiederholt bezog sich Stresemann auf die Erklärungen Petersens mit der Feststellung, daß die Deutsche Volkspartei ganz ähnliche Auffassung wolle. Im übrigen skizzierte auch er die Bedenken, die er und seine Fraktion gegen gewisse Teile des Entwurfs hegen. Über darüber wird man sich, wie gesagt, noch des näheren im Ausschuss unterhalten, und hoffentlich in derselben ruhigen Art und Weise wie gestern im Plenum.

Kleine politische Meldungen.

Achtung vor der deutschen Seeflotte. In Frankfurt a. M. hat eine von Deutschland, Belgien und Holland beschickte, vom Deutschen Vortragsbund einberufene Zusammenkunft stattgefunden, in der beschlossen wurde, deutsche Fahrzeuge, die die schwarz-weiß-rote Flagge ohne die schwarz-rot-goldene Glich führen, weder zu laden noch zu löschen, noch zu beuntern noch zu verschleppen. Es ist ein trauriges Zeichen der Zeit, daß es solcher Maßnahmen bedarf, um die Schiffseigner zur Achtung vor dem Gesetz und den Hoheitsrechten des Staates zu zwingen.

Die Räumung des oberösterreichischen Gebietes wird von den interalliierten Truppen nach dem ursprünglich festgesetzten Plan fortgeführt. Das den Polen zugesagte Gebiet ist bereits vollständig geräumt, es ist zu hoffen, daß auch die beim Vaterland gebliebenen Teile den unwillkommenen Besuch bis zum 10. Juli losgeworden sein werden.